

verbessert. (Vgl. C.a., März 1982, S.120) Der tägliche Kalorienverbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug 1982 2797 cal (2311 i.J. 1978). Der tägliche Proteinverbrauch pro Kopf stieg auf 80,5 g (70,8 g); der Fettverbrauch stieg von 29,9 g auf 44,4 g.

Wie weiter mitgeteilt wurde, hat China noch einen langen Weg vor sich, um mit den entwickelten Ländern gleichzuziehen. Chinas Fleischproduktion betrug pro Kopf i.J. 1982 13,4 kg. Die entsprechenden Zahlen betragen i.J. 1980 für die Sowjetunion 24 kg, für Großbritannien 50,5 kg, für Frankreich 100,5 kg und für die Vereinigten Staaten 116 kg.

Zwischen 1979 und 1982 stieg der gesamte Produktionswert von Chinas Nahrungsmittelindustrie jährlich um 10,4%, die Steigerungsrate für den Zeitraum 1953-1978 betrug nur 6%. Die Produktion primärer landwirtschaftlicher Nahrungsmittelprodukte stieg von 1979-1982 jährlich um 7,6%. Das Zentrale Statistische Amt ruft dazu auf, größere Anstrengungen bei der Ausweitung der Nahrungsmittelindustrie zu machen. Diese lieferte 1981 nur 32% aller von der gesamten Bevölkerung verbrauchten Nahrungsmittel. Die Vergleichszahlen für das Ausland: 92% in den Vereinigten Staaten (1972), 74% in der Sowjetunion (1966) und 82% in Japan (1975). Zwischen 1952 und 1981 überwiesen die staatseigenen Nahrungsmittelfabriken 123,1 Mrd. Yuan an den Staat, das waren 10,8% der insgesamt aus dem Industriebereich an den Staat überwiesenen Mittel. (XNA, 7.7.83)

-lou-

#### (49) Chinesischer Minister ruft zu Reformen in der Forstwirtschaft auf

Auch in der Forstwirtschaft soll das in der übrigen Landwirtschaft praktizierte Verantwortlichkeitssystem angewendet werden. Dies forderte Yang Zhong, der Minister für Forstwirtschaft, auf einer nationalen Konferenz, an der die Leiter von Forstämtern aus allen Teilen Chinas teilnahmen. Den Bauern sollten mehr Privatparzellen auf Hügelland zur Verfügung gestellt werden; im Kollektivbesitz befindliche unfruchtbare Berghänge sollten vertraglich an die Bauern übergeben werden, damit dort Bäume angepflanzt werden könnten.

Wie der Minister weiter ausführte, seien die Bedingungen für die Reform im Forstwesen günstig.

25% der chinesischen Bauernfamilien - ca. 170 Millionen - besäßen nun Privatparzellen auf Hügelland von durchschnittlich 0,2 ha. Ca. 70% der Volkskommunen und der Produktionsgruppen hätten ihr Bergland vertraglich an Bauern zur Anpflanzung von Bäumen übergeben. In China gebe es noch ca. 67 Mio. ha unfruchtbarer Berghänge bzw. Hügelland, die sich für den Anbau von Bäumen eignen. (XNA, 1.7.83)

-lou-

### TAIWAN

#### (50) Deng forcierte Angebot gegenüber Taiwan für nationale Wiedervereinigung

Bei einer Zusammenkunft mit einer Gruppe ausländischer wissenschaftlicher und technischer Experten hat Deng Xiaoping laut Bericht der chinesischen Zeitschrift "Liaowang" (Fernblick) vom 20. Juli (zitiert nach DGB, 20.7.83 u. XNA, 19.7.83) am 18. Juni dieses Jahres das Friedensangebot gegenüber Taiwan nochmal bekräftigt. Er versicherte, daß Beijing seine Taiwan-Politik auch nach einer Wiedervereinigung des Vaterlandes nicht verändern werde, d.h. es werde Taiwan erlaubt, seine eigenen Streitkräfte zu unterhalten. "Wenn Taiwan Finanzschwierigkeit hat und um Beihilfen bittet, wird sie die Zentralregierung gewähren." "Leute wie ich", erläuterte er, "sind nicht mehr jung und hoffen alle, daß die chinesische Nation zu einer wirklichen Vereinigung kommt. Wenn wir das von unserem Vorgängern noch nicht abgeschlossene Unternehmen vollenden, werden sich unsere Nachkommen an uns erinnern. Falls wir das nicht tun, werden die zukünftigen Historiker uns rügen." Um Taiwan zu beruhigen, betonte er dazu, daß die chinesischen Kommunisten mit der Guomintang (Kuomintang) auf gleichberechtigter Basis verhandeln möchten. "Mit vielen Leuten haben wir über eine dritte Zusammenarbeit zwischen der Guomintang und der KPCh gesprochen. Früher sprachen wir von der Zusammenarbeit zwischen der Guomintang und der KPCh, nun wollen wir auch nicht umgekehrt von einer Zusammenarbeit zwischen der KPCh und der Guomintang sprechen. Eine Zusammenarbeit zwischen der Guomintang und der KPCh ist vor allem eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, gleichberechtigte Konsultation. Es handelt sich dabei nicht um eine Konsultation

zwischen einer Zentralregierung und einer lokalen Regierung, sondern zwischen zwei Parteien. Für das große Unternehmen der Einigung des Vaterlandes sollten wir sorgfältig die für Taiwan akzeptierbaren Bedingungen in Betracht ziehen. Wir dürfen uns nicht mit leerem Gerede befassen, sondern müssen sowohl die gegenwärtigen Realitäten als auch die Zukunft voll berücksichtigen."

Laut Meldung der amtlichen chinesischen Presseagentur XNA (30.7.83) hat Deng in einem anderen Gespräch vom 26. Juni mit einem US-Professor chinesischer Abstammung ein Model für Taiwan nach einer Wiedervereinigung Chinas dargelegt, d.h. eine begrenzte Autonomie mit eigener Verwaltung, Justiz und Armee. International könnte aber nur die VR China die chinesische Vertretung sein. Er lehnte eine volle Autonomie Taiwans ab, weil es "Zwei-China" bedeute. Unter der Bedingung, daß es den Interessen eines vereinigten Staates nicht widerspreche, dürfe Taiwan als eine Sonderregion über einige Befugnisse verfügen, die andere Provinzen, Städte und Autonome Gebiete Chinas nicht hätten. Das Partei-, Politik- und Militärsystem Taiwans bliebe unter eigener Kontrolle. Vom Festland würden keine Vertreter, keine Truppen und keine Beamten nach Taiwan entsandt. Es war auch von gleichberechtigter Verhandlung, dritter Zusammenarbeit zwischen den zwei Parteien die Rede. Aber er lehnte ausländische Einmischung kategorisch ab, weil es bedeute, daß China noch nicht unabhängig sei, und dies würde großes Unheil herbeibringen.

In einem Interview für Reuter erzählte Prof. Yang, daß ihm gegenüber Deng noch geäußert habe, Taiwan dürfte im Rahmen einer Autonomie auch unabhängig Waffenimporte tätigen. Eine weitere neue Konzession von Deng, so Yang, sei, daß Taiwan in internationalen Organisationen und in den Beziehungen zum Ausland "angemessen" vertreten sein würde (Reuter, 29.7.83/1315).

Dazu hat der chinesische Vize-Ministerpräsident Yao Yilin gegenüber der japanischen Presseagentur Kyodo daran erinnert, daß Deng über einen Waffenerwerb Taiwans im Ausland nach seiner Vereinigung mit dem chinesischen Festland gesprochen habe (DGB, 31.7.83).

Dengs neues Angebot hat der Sprecher des Außenministeriums in Taipei, Wang Zhaoyuan, für "leere Phrasen der Einheitsfront"

für die "Verwirrung" der Weltöffentlichkeit bezeichnet. Er lehnte Verhandlungen mit den chinesischen Kommunisten ab und bestand darauf, kraft der "drei Volksprinzipien" (Lehre der Guomindang) China zu vereinigen (ZYRB, 30.7.83).

-ni-

**(51)****Neue US-Waffenlieferung in Höhe von 530 Mio. US\$**

Am 15. Juli hat die US-Regierung dem Kongreß mitgeteilt, noch in diesem Jahr weitere Waffen und Ersatzteile im Wert von 530 Mio. US\$ an Taiwan zu verkaufen. Laut Erklärung des US-Außenministeriums wurde dem Kongreß bereits im März dieses Jahres mitgeteilt, die USA würden in dem laufenden Haushaltsjahr, das am 30. September endet, die Lieferung von Militärgütern im Wert von insgesamt rund 800 Mio. US\$ an Taiwan gewähren. Bislang hat Taiwan bereits einen Teil davon im Wert von rund 320 Mio. US\$ erhalten (ZYRB u. LHB, 17.7.83). Am 9. Februar dieses Jahres hat Washington die Lieferung von 66 Kampfflugzeugen vom Typ F-104 an Taiwan bekanntgegeben (s. C.a., Feb. 1983, S. 85, Ü 45). Bei dem neuen Waffengeschäft handelt es sich u.a. um die Lieferung von 792 Flugabwehrraketen und von Ersatzteilen für Flugzeuge und Ausrüstungen zur Modernisierung der veralteten Panzer aus den 50er Jahren.

Vor der Bekanntgabe dieser Entscheidung war Beijing durch Washington bereits informiert worden. In dem zwischen beiden Seiten am 17. August 1982 vereinbarten gemeinsamen Kommuniqué hat Washington erklärt, daß seine Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der Lieferungen in den letzten Jahren seit der Aufnahme der chinesisch-amerikanischen diplomatischen Beziehungen überschreiten würden (s. C.a., Sept. 1982, S. 558 ff.). Am 22. Juli hat der chinesische Botschafter in Washington, Zhang Wenjin, bei der US-Regierung gegen diesen jüngsten Waffenverkauf scharf protestiert. Er warf Washington einen Verstoß gegen die Übereinkunft vor, weil das Verkaufsvolumen in diesem Jahr das der vorangegangenen Jahre überschreite. Ferner sagte er, daß die USA mit dem neuen Geschäft auch Flugabwehrraketen vom Typ "sparrow" und "standard" liefern würden, die Taiwan bislang noch nicht besäße und damit von der Waffenqualität her gesehen die Vereinbarung ebenfalls nicht eingehalten werde (XNA, 23.7.83). Die ameri-

kanische Regierung argumentierte hingegen, daß nach Berücksichtigung der Inflation seit 1979 die Waffenlieferung an Taiwan in Höhe von 800 Mio. US\$ in diesem Jahr und von 780 Mio. US\$ im kommenden Jahr keinen Bruch des Kommuniqué vom 17. August 1982 darstellten (SZ, 18.7.83).

-ni-

**(52)****Silberstreifen am Wirtschaftshorizont**

Die Wirtschaft Taiwans befindet sich jetzt langsam, aber deutlich auf dem Weg zur Belebung. Seit Februar dieses Jahres bewegte sich der Konjunkturindikator Monat für Monat ununterbrochen aufwärts.

Im Mai stieg die Industrieproduktion allgemein gegenüber April um 2,17%; dabei verbesserte sich der Bergbau um 1,39%, die Herstellungsindustrie um 1,51% (Schwerindustrie 2,52%, Leichtindustrie 0,36%), die Wasser-, Strom- und Gasversorgung um 9,47% und die Bauwirtschaft um 4,22%. Im Vergleich zum gleichen Monat 1982 lag die Zuwachsrate im Mai sogar bei 8,16%. Im Juni sank die Industrieproduktion gegenüber dem Vormonat um 0,3% geringfügig, stieg aber gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahrs um 11,8%. Die Zuwachsrate der Industrie im ersten Halbjahr lag bei 6,7%.

Außerdem zeigte sich auch die Preisentwicklung positiv. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres fielen die Großhandelspreise gegenüber dem gleichen Zeitraum um 2,06%. Die Verbraucherpreise kletterten in demselben Zeitraum auch "nur" um 3,86%. Wenn man den Trend im Einzelmonat betrachtet, ging die Inflation im Mai gegenüber dem Vormonat um 1,08% und gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 2,81% zurück. In den ersten fünf Monaten 1983 betrug die Inflationsrate 3,86% (CP, 11.7.83).

Im Außenhandel wurde im Juni eine drastische Steigerung der Exporte um 18,3% gegenüber dem Vergleichsmonat des vorigen Jahres erreicht. Der Monatsexportwert betrug über 2.217 Mio. US\$. Von Januar bis Juni hat Taiwan insgesamt Waren im Wert von 11.463 Mio. US\$ ausgeführt. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1982 war hier ebenfalls eine Zunahme von 5,6% zu verzeichnen. Da die Importe weiter um 5,9% sanken, ergab sich in den ersten sechs Monaten wieder ein großer Exportüberschuß von 2.328 Mio. US\$ (LHB, 8. u. 10.7.83). Laut

Meldung der taiwanesischen Presseagentur CNA (Central New Agency, 25.7.83) verfügt Taiwan über eine Devisenreserve in Höhe von mehr als 12 Mrd. US\$, womit die Insel nun international an 6. oder 7. Stelle liegt. Dies ist in erster Linie dem ständigen Rückgang der Importe zuzuschreiben. In einem Report des CEPD (Council for Economic Planning and Development) der taiwanesischen Regierung wurde darauf verwiesen, daß der Außenhandelswert Taiwans 110% seines BSP entspreche. Die Abhängigkeit der Wirtschaft Taiwans vom Außenhandel ist damit weit größer als die der koreanischen Wirtschaft mit 80% und der japanischen Wirtschaft mit 31% (CP, 18.7.83).

-ni-

**(53)****Acht Todesstrafen an einem Tag bei der höchsten Instanz**

Am 22. Juli hat das höchste Gericht in Taiwan acht endgültige Todesstrafen ausgesprochen, ein Rekord in der 55jährigen Geschichte seit der Gründung der dritten Instanz. Eine Woche nach dem Urteil, am 29. Juli, wurden die Todesstrafen vollstreckt.

Es handelte sich bei den Hingerichteten um acht Bankräuber, die bis auf einen 31jährigen alle unter 30 Jahren alt waren.

Am 24. November 1981 hat Su Junmo und fünf Komplizen einen Geldtransportwagen einer Zweigstelle der taiwanesischen Genossenschaftsbank im Kreis Taichong (Taichung) überfallen und 6,8 Mio. NT\$ (40 NT\$ = 1 US\$) erbeutet. Bei einem anderen Überfall auf einen Geldtransportwagen der "Shihua Bank" in Taipei am 7. Dezember 1982 haben You Rongjia und Chen Kunhuo über 14 Mio. NT\$ geraubt. Su und vier seiner Komplizen, die wie zwei andere Mittäter vor einem Jahr bereits verhaftet worden waren, konnten am 30. April dieses Jahres aus der Haftanstalt fliehen. Am 7. Mai wurden Su und die vier Komplizen von der Polizei wieder verhaftet; am 19. Mai wurde der Überfall auf die "Shihua Bank" durch die Festnahme von You und Chen ebenfalls geklärt.

Von den Festnahmen bis zu den Hinrichtungen der acht Bankräuber hat es nur drei Monate gedauert. Das höchste Gericht hat für die endgültigen Todesurteile für You und Chen wegen des Überfalls auf die "Shihua Bank" nur 11 und für Su und seine fünf Komplizen wegen des Überfalls auf die Zweigstelle der Genossen-

schaftsbank nur 18 Tage gebraucht. Eigentlich hätte die Staatsanwaltschaft You wegen des Verdachts von Waffenraub und Su sowie drei seiner Komplizen wegen der Haftflucht noch vor Gericht anklagen müssen und die Hinrichtungen bis zur Beendigung dieser neuen Prozesse verschoben werden müssen. Besonders im Fall von You, der sich laut seiner eigenen Angaben sowie des polizeilichen Vernehmungsprotokolls selbst gestellt hatte, stießen das höchste Gericht mit dem schnellen Prozeß und der Höchststrafe sowie der Generalstaatsanwalt wegen der voreiligen Vollstreckung der Todesstrafe auf Kritik, die Menschenrechte seien nicht genug beachtet worden. Der Antrag von You's Frau auf eine Sonderberufung wurde abgelehnt. Das Kontrolllyuan, bei dem Frau You ebenfalls um eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Todesstrafe für ihren Mann eingegeben hatte, wurde erst nach der Hinrichtung berücksichtigt. (vgl. LHB, 25. u. 30.7.83; Meilidao, Los Angeles, Nr.148, S.14 u. Nr.149, S.11)

In den letzten Jahren hat die Kriminalität in Taiwan, zumal Gewalttätigkeiten, ständig zugenommen. Offensichtlich sind die beschleunigten Prozesse gegen die acht Bankräuber und die Beschleunigung der Vollstreckung ihrer Todesstrafe unter politischem und sozialem Einfluß gefallen.

-ni-

#### (54) Negatives Urteil über die Justiz

Das Statistische Amt des Exekutivyan (Regierung) hat unter vier von Tausend der Bevölkerung in den zwei Sonderstädten Taipei, Kaohsiung und den 19 Städten und Kreisen der Provinz Taiwan eine repräsentative Umfrage durchgeführt, um den Eindruck der Bürger über die Beamten in verschiedenen Behörden zu ermitteln. In den Fragebögen sind sieben Kategorien von Bediensteten aufgeführt: Erziehung, Gesundheit, Gemeindeverwaltung, Finanz, Polizei, Justiz und Steuer. Die Befragten wurden gebeten, den Grad ihres Vertrauens zu den einzelnen Behörden anzugeben, der mit "voll", "gering" und "kein" anzukreuzen war. Als das Untersuchungsergebnis des Landkreises Yunlin zunächst bekanntgemacht wurde, empörten sich die dortigen Richter und Staatsanwälte sehr, daß sie den letzten Platz bekamen. Den letzten Platz nahmen auch ihre Kollegen in dem Kreis Miaoli ein. Im Gesamtergebnis aller Städte und

Kreise stand die Justiz dagegen mit 42,67% Stimmen für volles Vertrauen, 49,03% für geringes Vertrauen und 8,03% für kein Vertrauen bei der Bevölkerung noch vor der Polizei (42,23%, 47,8%, 9,8%) und den Steuerbehörden (31,94%, 53,92%, 14,15%). Am besten haben die Lehrer abgeschnitten. Zu ihnen haben 70,45% der Befragten volles, 28,09% geringes und 1,46% kein Vertrauen. Ihnen folgten die Beamten der Gemeindeverwaltung (58,45%, 39,02%, 2,15%), der Finanzbehörden (49,98%, 45,51%, 4,51%) und der Gesundheitsbehörden (47,47%, 47,47%, 6,16%) (LHB, 29.-30.6. u. 4.7.83).

-ni-